

Verlag DIE ANDERE ZEITUNG Verlag-GmbH, Redaktion und Verlag Hamburg 13, Abelstraße 29, Tel.: 43 83 86 / 87. — Für den Inhalt verantwortlich: C. Petersen, Stede. — Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen — Monatsabonnement durch die Post D.M. 1,20 zuzüglich D.M. 0,50 Zustelgebühren.

# DIE ANDERE ZEITUNG

Nr. 22 · JAHRGANG 4

HERAUSGEBER:

GERHARD GLEISSBERG

RUDDOLF GOTTSCHALK

HAMBURG, 29. MAI 1958

Verlagsleitung: Lotte Jassonow & K. Postelbeck, Postfach 1000, D-2000 Hamburg 13. Druck: Strider und Gerdtz, Verlagsdruckerei Stede — Verlagsort und Auslieferungsort ist Hamburg. — Für Herausgabe und Auslieferung in Oesterreich verantwortlich: Hermann Waldbur Verlag und Zeitungsvertrieb Wien · Salzburg

## Verwirrung in Frankreich

Der nachfolgende Bericht unseres Pariser Mitarbeiter, der uns vor Pfingsten erreichte, beschreibt die Situation in Frankreich, wie sie sich bis Ende der vorigen Woche entwickelt hatte.

Die am 13. Mai investierte Regierung Pflimlin ist zwar gegen die Putschisten, verneint jedoch alle Maßnahmen, die auf eine energische Gegenoffensive schließen lassen könnten. So wurde der Hindruck eines Gleichgewichts der Kräfte geschaffen, in dem angeblich nur noch de Gaulle den Ausschlag geben könnte.

Parlamentarisch vertritt die Regierung über eine demokratische und republikanische Mehrheit, wie sie selten eine Regierung der IV. Republik hatte. Diese Regierung kann sich auch in ihrem Kampf gegen die Putschisten auf alle Gewerkschaftsbünde und alle republikanischen und demokratischen Massenorganisationen, einschließlich der Kommunisten und ihrer Nebenorganisationen, stützen und verlassen. Die Putschisten haben jedoch — außer den Kolonialtruppen in Algerien — nicht viel hinter sich; in der Nationalversammlung einige 113 Abgeordnete und außerparlamentarisch einige fa-schistische Organisationen, ohne Massenanhänger. Sie spekulieren lediglich auf die Autorität des „Generals“ de Gaulle, dessen Glanzzeiten längst vorbei sind und dessen Partei, die Sozialistlikamer bei den letzten Kandidaturen schwere Verluste erlitt.

De Gaulle aber hatte sich mit seiner Erklärung vom 13. Mai offen hinter die

teifügung der Republik ausgesprochen. Die Regierung wollte sich nicht auf die Massen stützen und glaubte, allein mit den staatlichen Machtkörpern (Armee, Polizei, Gendarmerie und Verwaltung) Herr der Lage werden zu können, ohne diese Machtkörper gegen die Putschisten einsetzen zu müssen. Hier droht der Republik eine Gefahr, die noch größer ist als die akute Gefahr, die durch den Putsch vom 13. Mai in Algerien entstand.

Der 13. Mai in Algerien war nicht allein das Werk von Zerstörern. An ihm war die Armee durch den General Massu und seine Fallschirmtruppen beteiligt. Wahrscheinlich war auch der damalige Verteidigungsminister Charbon-Delmas mit im Spiel. In dem

derer hoher Verwaltungsbeamten in Algerien, sondern nahm auch selbst neue Ernennungen vor. Und die Männer, die er ernannte, waren Männer der Putschisten! General Salan ließ nicht nur de Gaulle akklamieren, sondern tat auch nichts, um die Landung des illegal aus Frankreich nach Algerien geflohenen J. Soustelle zu verhindern. Soustelle wurde von Salan in Algerien empfangen, obwohl er wußte, daß

(Schluß auf Seite 2)

## Ist die SPD in Bewegung gekommen?

G. G. Ist die SPD „in den Linksradikalismus abgerutscht“, wie Adenauer behauptet, ist mit Herbert Wehner, der zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde, der Führer der „Linken“ in der Partei spitze gelangt, wo er den auf dem Stuttgarter Parteitag schon halb verabschiedeten Erich Ollenhauer und den zarbesessenen bayerischen Freiherrn von Knirringen überspielen wird, wie es der Pressedienst der CDU prophezeit? Oder hat auf dem Stuttgarter Parteitag ganz im Gegenteil der „Rechtskurs“ triumphiert, weil Deist dort mit seiner Absage an den Klassenkampf und die Sozialisierung der Produktionsmittel (mit der einzigen Ausnahme des Kohlen-

### In dieser Nummer:

- Arthur Seehof: Wer ist mit Kriegsvorbereitung beschäftigt?
- Willy Huhn: Vorgeschichte der „Atombomben-Diplomatie“
- Siegfried Einstein: Die Geschichte vom heiligen Kriegsverbrecher
- Herbert Ihering: Schöpferische, aber nicht verführerische Phantasie
- Karl Ludwig Opitz: Im Tornister: ein Marschallstab
- Störfener gegen Ospolink / Ungarn braucht Frieden / Wieder Todesstrafe in Westdeutschland? / Kultur-Film und Kultur-Industrie / Gebet über Abgründen / Aus der Gesellschaft

Mal, als sie in der wirtschaftspolitischen Debatte die Hohlheit der Porten des Dr. Deist anprengerten (ohne dann freilich die von ihm beifürwortete Resolution zu Fall zu bringen); das dritte Mal, als sie Herbert Wehner zum stellvertretenden Parteivorsitzenden kandidierten und wählen, und das vierte Mal, als sie — diesmal offensichtlich im Bunde mit der Rechten gegen den „Apparat“ — das bisherige Parteivorstandspärio durch die Nichtwiederwahl Heines und Herta Gotthelbs um ein Drittel reduzierten und Ollenhauer, und in stärkerem Maße noch hauer, und in stärkerem Maße noch hauer, und in stärkerem Maße noch hauer, die beiden zeigten, daß auch ihre Tage gezählt sind.

Möglichkeit zu, daß die SPD nun in Bewegung geraten wird; aber erst die Folgen des Parteitages werden es bestätigen können. Denn die Resolutionen, die in Stuttgart gefaßt wurden, waren von eher Scheinheit, die nahezu unüberlieferbar ist, und man könnte eine lange Liste der Themen aufstellen, mit denen sich Sozialisten in diesem Zeitpunkt hätten sehr ernsthaft befassen müssen und von denen in Stuttgart überhaupt nicht die Rede war. Es wurde nicht von der Gefahr des Faschismus und Militarismus geredet, die das Beispiel Frankreichs uns überdeutlich vor Augen stellt, es wurde nicht von der Wirtschaftskrise und der Inflation geredet, die das bestätigen





Siegfried Einstein:

# Die Geschichte vom heiligen Krieg

Eigentlich müßte das nun Folgende unter dem Titel „Die Geschichte vom heiligen Kriegsverbrecher und „stinkigen Jud““ stehen, sintemal in unserer Geschichte der „stinkige Jud“ eine fast so bedeutende Rolle spielt wie der heilige Kriegsverbrecher — aber welcher Gazette wäre ein solcher Mammut-Titel zuzumuten? Übrigens (und das muß gleich zu Beginn dieser Geschichte gesagt sein): unsere Geschichte ist gar keine Geschichte im Sinne einer Erzählung, sondern ein Tatsachenbericht. Und an seinem Ende werden wir auch erfahren, wie der „Jud“ zu seinem infamen Adjektiv kam und der Kriegsverbrecher heiliggesprochen ward . . .

In der südhessischen Stadt **Lampertheim** ertönt — zur Abwechslung und zu Ehren des „stinkigen Jud“ — ein neuer Sprechchor: „Jud, Palästina! Jud, Palästina!“ Ausgelöst hat ihn ein gewisser Herr Hesse durch einen Hetzartikel. Doch darauf werden wir gleich zu sprechen kommen. Zuerst sei sachlich festgestellt, daß der „Jud“, der gar nicht nach „Palästina“ will, an diesen und an andere Sprechchöre sich fast (wir sagen: fast) gewöhnt hat, nachdem es in der Nacht vom 28. auf den 29. August des Jahres 1955 — Pogromstimmung lag in der Luft — furchtbar vor dem Fenster des „stinkigen Jud“ gegrölt hatte: „Jud, komm runter! Jud, komm runter!“ Damals flehte unser „Jud“ den Bundeskanzler, den Ministerpräsidenten des Landes Hessen und verschiedene Abgeordnete um Schutz und Hilfe an — doch auf dem linken Ohr war man taub und auf dem rechten hörte man Melodien, die irgendwie, so schien es fast, an den Badenweilermarsch erinnerten . . . Und nun, was ist nun in der durch Judenverfolgungen zwischen 1933 und 1940 zu trauriger Berühmtheit gekommenen Stadt Lampertheim geschehen? Und was hat der „stinkige Jud“ mit dem heiligen Kriegsverbrecher zu tun?

Der aus den Jahren 1933—1945 berüchtigte und sehr gefürchtete Nazi-Skribent Max Hesse brachte vor kurzem in der „Lampertheimer Zeitung“ einen am Stil Streichers geschulten Artikel. Die Beschimpfen in dem gehässigen Elaborat des Herrn Hesse sind — wie immer — der Widerstandsmann und Publizist Dr. Rudolf Pechel, Herausgeber der „Deutschen Rundschau“, und der „stinkige Jud“. Zu seinem Adjektiv kam unser „Jud“ übrigens durch den exzellenten Antisemiten Jakob Schmidt, Herzensfreund unseres Max Hesse und Stadtrat zu Lampertheim! Man ahnt bereits, wohin unser brauner, hakenkreuz-förmig laufender

Hase eigentlich will . . . Doch hören wir, was ein westdeutscher Publizist dazu zu sagen hat: „Zunächst sei festgestellt, daß dieses großenwahnsinnige Geklaff eines Provinzblättchens gegen Persönlichkeiten wie Dr. Pechel und . . . (hier steht der Name des „stinkigen Jud“) geradezu lächerlich anmutet. Aber die Ursachen liegen weiter zurück.“ Welches sind nun die Ursachen?

Am 21. November des Jahres 1955 hatte Dr. Rudolf Pechel im Süddeutschen Rundfunk u. a. erklärt:

„WILHELM RAU hat nach glaubwürdigen Aussagen im besetzten Polen die Rolle gespielt, die Roland Freisler in Deutschland durchführte.“

Wer ist dieser Wilhelm Rau, unser heiliger Kriegsverbrecher, heute? Er ist Justiz-Oberinspektor in Mainz! Und wer war Wilhelm Rau von 1933 bis 1945? Lassen wir uns doch von einer seriösen westdeutschen Zeitung darüber aufklären:

„Rau war bereits 1933 ein strammer SA-Mann. Nach der „Machtübernahme“ Hitlers beteiligte er sich in einem SA-Rollkommando an Aktionen gegen Antifaschisten (Zeugenaussagen liegen vor). Man sollte, so wurden wir aufgefordert, Herrn Rau einmal fragen, wo er gewesen sei, als die SA im katholischen Jugendheim die Fahnen plünderte . . .“

Nach Kriegsausbruch ging er als Justiz-Inspektor nach Polen. Dort tat er — ein entsprechendes DOKUMENT wurde der Staatsanwaltschaft mit Schreiben vom 22. Oktober 1956 zugeleitet! — u. a. folgendes:

„Wilhelm RAU befand sich von 1939 bis 1942 in den zeitweilig besetzten Gebieten der Republik Polen als Vertreter der deutschen Justiz in den Städten Chodecz, Kutno und Brezesc-Kujawski, wo er wiederholt in seiner Funktion als Ankläger gegen polnische Bürger an Gerichtsverhandlungen teilgenommen hat. Im März 1941 war Rau dabei, als fünfzig polnische Bürger in Tabin erschossen wurden; im April desselben Jahres wurde in seiner Gegenwart das Todesurteil an drei polnischen Patrioten auf dem Marktplatz in Kutno vollstreckt.“

Im Dezember 1939 war Rau bei Mißhandlungen von polnischen Juden in der Stadt Brezesc-Kujawski anwesend, die man mit Gewalt zwang, sich gegenseitig die Bärte abzurazieren und die Barthaare zu schlucken. Rau fotografierte diese Mißhandlungen.“

Für obige Taten wurde er von den Sowjetbehörden zum TODE VERURTEILT, später jedoch zu 25 Jahren begnadigt.

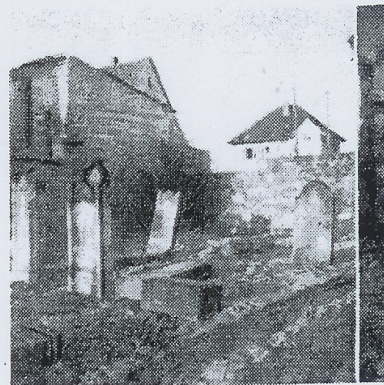
## Der „Spätheimkehrer“

Bereits im Herbst 1955 kam er dann als HELD in seine Vaterstadt Lampertheim zurück. FASCHISTEN trugen ihn damals auf Schultern in seine Wohnung. Lichter waren angezündet. **Bürgermeister Adam Günderoth** veranstaltete für Rau eine Feierstunde, die

von Lampertheim“. Und Herr Rau verklagte prompt den Süddeutschen Rundfunk, Dr. Pechel und den „stinkigen Jud“ — so heißt er ja noch immer, seit Herr Jakob Schmidt ihm diesen Namen gab — bei der Staatsanwaltschaft in Darmstadt. Am 24. No-

Zeitung“ — als „persönliche Auseinandersetzungen“ zwischen dem Widerstandskämpfer Pechel und Herrn Rau zu werten! Allerhand . . .

Was wissen die bundesrepublikanischen Justizbehörden über Wilhelm Rau? Im Heimkehrer-Erfassungsbogen des Lagers Friedland (Westdeutschland) findet sich über Rau folgende Eintra-



Auf dem jüdischen Friedh

gung: „Anwendung der hitler-faschistischen Gesetze mit brutaler Gewalt“. Das wesentliche Dokument (siehe Chodecz, Kutno und Brezesc-Kujawski) über Raus Vergangenheit ging — wie bereits gesagt — der Staatsanwaltschaft am 22. Oktober 1956 zu. Und was geschah dann?

Dann (vor kurzem erst war's) reabilitierte der Mainzer Oberstaatsanwalt Hans Oebel Herrn Wilhelm Rau ohne ein Verfahren. Lediglich auf Grund der Aussagen des Herrn Rau! Und weil Wilhelm Rau zu seiner „Entlastung“ deutsche Richter und Justizbeamte anführte, die damals mit ihm zusammen in Polen waren (!), Richter und Justizbeamte, von denen — um nur zwei zu nennen — der eine (Dr. Bohnacker) selbst unter Nr. 20 auf einer Liste steht, während der andere (Naujock) auf Seite 49 des erschütternden Werkes „SS im Einsatz“ zu finden ist. Mit solchen „Entlastungszeugen“ hat der Mainzer Oberstaatsanwalt Hans Oebel soeben Herrn Wilhelm Rau der westdeutschen Öffentlichkeit als Osterlammlein präsentiert.

Der Lampertheimer Bürgermeister, Herr Adam Günderoth, der einfach nicht vergessen kann, daß Dr. Rudolf Pechel im Süddeutschen Rundfunk einst erklärte:

„Und Herr Bürgermeister Adam Günderoth . . . hat wohl vergessen, daß er einmal auf dem Rathaus einen Bürger seiner Stadt blutig und ihm vier Zähne ausgeschlagen hat, nur weil er auf seinem Standpunkt beharrte? Die gerichtliche Verfolgung wurde dadurch unmöglich gemacht, daß der Geschlagene (Photo und Aussagen vorhanden) seinen Strafantrag gegen vage Versprechungen, die dann nicht gehalten wurden, zurückziehen flehentlich ge-

ch  
kl  
St  
—  
m  
w  
F  
h

d  
fi  
sc  
au  
IV  
IV  
d  
g

bi  
zu  
ni  
K

pe  
le  
St  
di

ki  
he  
ei  
Jl

st  
di  
di

de  
w  
ur  
w  
U  
be  
(z

H  
Jl  
H

ausgeber der „Deutschen Rundschau“, und der „stinkige Jud“. Zu seinem Adjektiv kam unser „Jud“ übrigens durch den exzellenten Antisemiten Jakob Schmidt, Herzensfreund unseres Max Hesse und Stadtrat zu Lampertheim! Man ahnt bereits, wohin unser brauner, hakenkreuz-förmig laufender

die man mit Gewalt zwang, sich gegenseitig die Bärte abzurazieren und die Barthaare zu schlucken. Rau fotografierte diese Mißhandlungen.“

Für obige Taten wurde er von den Sowjetbehörden zum TODE VERURTEILT, später jedoch zu 25 Jahren be-  
gnadigt.

## Der „Spätheimkehrer“

Bereits im Herbst 1955 kam er dann als HELD in seine Vaterstadt Lampertheim zurück. FASCHISTEN trugen ihn damals auf Schultern in seine Wohnung. Lichter waren angezündet. Bürgermeister Adam Günderoth veranstaltete für Rau eine Feierstunde, die selbst in Faschistenkreisen als „außergewöhnlich“ bezeichnet wurde. 2000 Menschen (die „Lampertheimer Zeitung“ stellte es fest) hatten sich zu seinem Empfang versammelt. Es läuteten die Lampertheimer Kirchenglocken (!!). Es war wie in der Christnacht, wie am Ostermorgen . . . Und dann teilte der Publizist Dr. Rudolf Pechel am 21. November 1955 der Öffentlichkeit einige Tatsachen über den „Spätheimkehrer“ Wilhelm Rau mit. Und die Öffentlichkeit (nicht nur die deutsche) hatte wahrlich ein Anrecht auf einige Auszüge aus dem Lebenslauf des „Helden

von Lampertheim“. Und Herr Rau verklagte prompt den Süddeutschen Rundfunk, Dr. Pechel und den „stinkigen Jud“ — so heißt er ja noch immer, seit Herr Jakob Schmidt ihm diesen Namen gab — bei der Staatsanwaltschaft in Darmstadt. Am 24. November 1955 schrieb die „Lampertheimer Zeitung“ unter der Überschrift „Falschmeldungen des Südd. Rundfunks über Lampertheim“ Zetermordio: „In der Angelegenheit des Heimkehrers Rau wird sofort eine Offizialklage gegen den Sprecher des Süddeutschen Rundfunks, Dr. Pechel, erhoben . . . Es kann nicht im Sinne der württembergisch-badischen Regierung liegen und auch nicht die Aufgabe des Rundfunks sein, daß er als Instrument für persönliche Auseinandersetzungen mißbraucht wird.“ Also: Die Verbrechen des Wilhelm Rau sind — laut „Lampertheimer

württembergischen Rundfunks“ als „Spätheimkehrer“ präsentiert.

Der Lampertheimer Bürgermeister, Herr Adam Günderoth, der einfach nicht vergessen kann, daß Dr. Rudolf Pechel im Süddeutschen Rundfunk einst erklärte:

„Und Herr Bürgermeister Adam Günderoth . . . hat wohl vergessen, daß er einmal auf dem Rathaus einen Bürger seiner Stadt blutig und ihm vier Zähne ausgeschlagen hat, nur weil er auf seinem Standpunkt beharrte? Die gerichtliche Verfolgung wurde dadurch unmöglich gemacht, daß der Geschlagene (Photo und Aussagen vorhanden) seinen Strafantrag gegen vage Versprechungen, die dann nicht gehalten wurden, zurückzuziehen flehentlich gebeten wurde . . .“

der Lampertheimer Bürgermeister, der über diese Sendung scheinbar nicht hinwegzukommen vermag, berief zu Ehren „seines“ Wilhelm Rau eine Pressekonferenz ein. (!) Und dann berichtete auch der „Mannheimer Morgen“, der nicht zum erstenmal den Lampertheimer HERREN einen Freundschaftsdienst erweist:

„Es konnte nachgewiesen werden, daß Rau zwar bei verschiedenen Amtsgerichten im besetzten polnischen Gebiet (in Brezesc-Kujawsk, Chodetsch und Kutno) tätig war, daß er mögli-

# om heiligen Kriegsverbrecher

1 Zeitung“ — als „persönliche Auseinander-  
t setzungen“ zwischen dem Wider-  
3 standskämpfer Pechel und Herrn Rau  
1 zu werten! Allerhand . . .

1 Was wissen die bundesrepublikani-  
1 schen Justizbehörden über Wilhelm  
1 Rau? Im Heimkehrer-Erfassungsbogen  
1 des Lagers Friedland (Westdeutschland)  
1 findet sich über Rau folgende Eintra-

cherweise auch das Amt eines An-  
klagevertreters in amtsgerichtlichen  
Strafverfahren — also Bagatellsachen  
— ausgeübt hatte, daß er jedoch un-  
möglich in einem Verfahren mitge-  
wirkt haben kann, das Todesurteile zur  
Folge hatte.“

Man dankt den Herren vom „Mann-  
heimer Morgen“! Selbstredend sind

die Barthaare zu schlucken. Rau foto-  
grafierte diese Mißhandlungen.“

## „Unverzüglich verhaften!“

Daß zwei westdeutsche Rundfunk-  
anstalten und Blätter wie die „Frank-  
furter Rundschau“ und das „Darm-  
städter Echo“ den Mann, der in Tabin,  
Kutno und Brezesc-Kujawski so Un-  
menschliches getan, nun ebenfalls re-  
habilitierten, bleibt unverständlich.  
Wen kann es da noch wundern, daß  
derselbe Wilhelm Rau neuerdings  
(nachdem er mit seiner ersten Straf-  
anzeige keinen Erfolg gehabt) Straf-  
anträge gestellt gegen den Wider-  
standsmann Dr. Pechel und den „stin-  
kigen Jud“ von Lampertheim (auch  
Herr Rau kennt den Stadtrat Jakob  
Schmidt, der den „Jud“ in den „stink-  
igen Jud“ umtaufte, recht gut)? Und  
wer begreift nicht, daß der ordentlich  
Morgenluft witternde Herr Rau sich  
erlaubte, in einem Schreiben an die  
Staatsanwaltschaft Darmstadt zu for-  
dern, daß unser „Jud“ mit einer hohen  
Gefängnisstrafe zu belegen sei, denn  
mit Geld sei „das nicht mehr zu sü-  
hen!“ Was eigentlich? Nun: daß unser  
„Jud“ für die Beschaffung des DOKU-  
MENTS verantwortlich zeichnet. Ein  
Verbrechen — wie? Und dann schrieb  
Herr Rau an die Staatsanwaltschaft,  
er, der „stinkige Jud“ des Jakob  
Schmidt, sei unverzüglich zu verhaf-  
ten, da Fluchtverdacht bestehe! Er, der  
„stinkige Jud“ muß ins Gefängnis (so  
meint Herr Rau) . . . Der heilige Krieg-  
sverbrecher aber fährt im eigenen Wa-  
gen — alle Kriegsverbrecher werden  
hierzulande belohnt — von Lamper-  
heim nach Mainz und umgekehrt. Der  
„stinkige Jud“, so meint Wilhelm Rau,  
müsse nun flüchten . . . Der heilige  
Kriegsverbrecher fühlt sich mehr als  
sicher im Reich von Globke und Lautz.



Auf dem jüdischen Friedhof von Lampertheim

1 gung: „Anwendung der hitler-faschis-  
1 tischen Gesetze mit brutaler Gewalt“. Das  
1 wesentliche Dokument (siehe Chod-  
1 dez, Kutno und Brezesc-Kujawski)  
1 über Raus Vergangenheit ging — wie  
1 bereits gesagt — der Staatsanwaltschaft  
1 am 22. Oktober 1956 zu. Und was ge-  
1 schah dann?

1 Dann (vor kurzem erst war's) reha-  
1 bilitierte der Mainzer Oberstaatsan-  
1 walt Hans Oebel Herrn Wilhelm Rau  
1 ohne ein Verfahren. Lediglich auf  
1 Grund der Aussagen des Herrn Rau!  
1 Und weil Wilhelm Rau zu seiner „Ent-  
1 lastung“ deutsche Richter und Justiz-  
1 beamte anführte, die damals mit ihm  
1 zusammen in Polen waren (!), Richter  
1 und Justizbeamte, von denen — um  
1 nur zwei zu nennen — der eine (Dr.  
1 Bohnacker) selbst unter Nr. 20 auf  
1 einer Liste steht, während der andere  
1 (Naujock) auf Seite 49 des erschütter-  
1 nenden Werkes „SS im Einsatz“ zu finden  
1 ist. Mit solchen „Entlastungszeugen“  
1 hat der Mainzer Oberstaatsanwalt Hans  
1 Oebel soeben Herrn Wilhelm Rau der  
1 westdeutschen Öffentlichkeit als Oster-  
1 lämmlein präsentiert.

Der Lampertheimer Bürgermeister,  
Herr Adam Günderoth, der einfach  
nicht vergessen kann, daß Dr. Rudolf  
Pechel im Süddeutschen Rundfunk einst  
erklärte:

„Und Herr Bürgermeister Adam  
Günderoth . . . hat wohl vergessen,  
daß er einmal auf dem Rathaus einen  
Bürger seiner Stadt blutig und ihm  
vier Zähne ausgeschlagen hat, nur weil  
er auf seinem Standpunkt beharrte? Die  
gerichtliche Verfolgung wurde dadurch  
unmöglich gemacht, daß der Geschl-  
agene (Photo und Aussagen vorhanden)  
seinen Strafantrag gegen vage Ver-  
sprechungen, die dann nicht gehalten  
wurden, zurückziehen flehentlich ge-

das BAGATELLSACHEN: „ . . . als  
fünfzig polnische Bürger in Tabin er-  
schossen wurden . . . das Todesurteil  
an drei polnischen Patrioten auf dem  
Marktplatz in Kutno vollstreckt . . .  
Mißhandlungen von polnischen Juden,  
die man mit Gewalt zwang, sich ge-  
genseitig die Bärte abzurazieren und

## Was geht in Lampertheim vor?

Die „Geschichte vom heiligen Kriegsver-  
brecher und stinkigen Jud“ ist noch nicht  
zu Ende. Zu Ende ist sie auch dann noch  
nicht, wenn wir folgende Einzelheiten zur  
Kenntnis genommen:

1. Bereits im Jahre 1953 stellte ein Lam-  
pertheimer Schullektor, ein ganz spezieller  
Freund des Antisemiten Jakob  
Schmidt, dem Bürgermeister Günderoth die  
bezeichnende Frage:

„Wußten Sie, daß Herr . . . ein Jud ist?“  
Einige Monate später durfte der „Jud“  
keine Vorlesungen mehr an der Lamper-  
theimer Volkshochschule halten. Er wurde  
einfach hinausgeworfen. Grund: Sein  
Judesein.

2. Der Lampertheimer Polizei-Anges-  
tellte Friedrich Dinges antwortete auf  
die Frage des Richters, warum damals  
die Tür angelehnt blieb:

„Vielleicht weil er ein Jude war“ . . .  
3. Der 24jährige Werner Schmidt, Sohn  
des Antisemiten Jakob Schmidt, läutete  
während Monaten den „stinkigen Jud“ vor  
und nach Mitternacht aus dem Schlaf. Er  
wurde erwischt — und gestand vor dem  
Untersuchungsrichter. Dafür bezahlte er  
beim Lampertheimer Amtsgericht DM 10.-  
(zehn)!

4. Der Lampertheimer Kinobesitzer  
Hans Eisenbraun beleidigte den „stinkigen  
Jud“ vor versammelter Gemeinde. Der

kann sein Handwerk auch dieses Mal  
nicht gelegt werden. In Hessen.

9. Der Landtagsabgeordnete Dr. Karl  
Keilmann durfte vor Richter und Staats-  
anwalt in Darmstadt verkünden:

Frankfurter Neue Presse: „Er soll mit  
den ollen Kamellen — gemeint sind die  
Judenvergasungen — endlich aufhören.  
Das ist längst erledigt!“

Rechtsanwalt Josef Jösch, der den „stin-  
kigen Jud“ aus Überzeugung und in Empö-  
rung über den schandbaren Neonazismus  
vertritt, wandte sich u. a. mit folgendem  
Satz an den Herrn Generalstaatsanwalt:  
„Es rechtfertigt sich die Frage: Was muß  
denn alles einem jüdischen Bürger ge-  
sagt werden, um das öffentliche Interesse  
zu wecken?“

Der Hessische Generalstaatsanwalt hat  
dem Frankfurter Anwalt Josef Jösch kei-  
ne Antwort zukommen lassen . . .

10. Dafür muß der „stinkige Jud“ be-  
nahe DM 3000 (dreitausend) bezahlen, weil  
er die schlimmsten Peiniger als „Nazi-  
bonzen“ und „nazistische Bluthunde“ be-  
zeichnet hatte! Und Rechtsanwalt Dr.  
Keilmann, der die Judenvergasungen als  
„olle Kamellen“ bezeichnete, Pg vom 1.  
Mai 1933 (!), genierte sich in keiner Weise,  
unserem „Jud“ eine Rechnung in Höhe  
von DM 1000.— zu stellen. Selbst das Ge-  
richt fand das zu toll — und nun be-

westdeutschen Öffentlichkeit als Osterlammlein präsentiert.

Der Lampertheimer Bürgermeister, Herr Adam Günderoth, der einfach nicht vergessen kann, daß Dr. Rudolf Pechel im Süddeutschen Rundfunk einst erklärte:

„Und Herr Bürgermeister Adam Günderoth . . . hat wohl vergessen, daß er einmal auf dem Rathaus einen Bürger seiner Stadt blutig und ihm vier Zähne ausgeschlagen hat, nur weil er auf seinem Standpunkt beharrte? Die gerichtliche Verfolgung wurde dadurch unmöglich gemacht, daß der Geschlagene (Photo und Aussagen vorhanden) seinen Strafantrag gegen vage Versprechungen, die dann nicht gehalten wurden, zurückziehen flehentlich gebeten wurde . . .“

der Lampertheimer Bürgermeister, der über diese Sendung scheinbar nicht hinwegzukommen vermag, berief zu Ehren „seines“ Wilhelm Rau eine Pressekonferenz ein. (!) Und dann berichtete auch der „Mannheimer Morgen“, der nicht zum erstenmal den Lampertheimer HERREN einen Freundschaftsdienst erweist:

„Es konnte nachgewiesen werden, daß Rau zwar bei verschiedenen Amtsgerichten im besetzten polnischen Gebiet (in Brezesc-Kujawsk, Chodetsch und Kutno) tätig war, daß er mögli-

cheiner Volkshochschule haben. Er wurde einfach hinausgeworfen. Grund: Sein Judesein.

2. Der Lampertheimer Polizei-Angestellte Friedrich Dinges antwortete auf die Frage des Richters, warum damals die Tür angelehnt blieb:

„Vielleicht weil er ein Jude war“ . . .

3. Der 24jährige Werner Schmidt, Sohn des Antisemiten Jakob Schmidt, läutete während Monaten den „stinkigen Jud“ vor und nach Mitternacht aus dem Schlaf. Er wurde erwischt — und gestand vor dem Untersuchungsrichter. Dafür bezahlte er beim Lampertheimer Amtsgericht DM 10.- (zehn)!

4. Der Lampertheimer Kinobesitzer Hans Eisenbraun beleidigte den „stinkigen Jud“ vor versammelter Gemeinde. Der Herr Oberstaatsanwalt in Darmstadt aber fand, daß die westdeutsche Öffentlichkeit kein Interesse daran habe! Und so mußte Eisenbraun auf dem Weg der Privatklage DM 100,— an jüdische Waisen Kinder bezahlen. Später erklärte er, sich beim „Jud“ entschuldigend:

„Wenn ich Sie nicht verleumdet hätte, so hätte Herr Hornfeck (der Polizeichef von Lampertheim und einer der treuesten Freunde des Judenhassers Jakob Schmidt) einen anderen Grund gesucht, um gegen Sie vorzugehen!“

5. Der ehemalige Lampertheimer Kriminalsekretär Heinz Münch bescheinigte dem Antisemiten Jakob Schmidt, daß er „ein wohlgesehener Bürger“ sei — und gleichzeitig kränkte er den „Jud“ in unüberbietbarer Weise! . . . Heute ist Herr Münch Bundeswehr-Offizier!

6. Der Stadtrat Jakob Schmidt erklärte vor versammelter Fraktion: „Der stinkige Jud!“

Später erklärte er stolz vor Staatsanwalt und Landgerichtsdirektor: „Vor 50 Jahren hat man schon ‚Dreckjud‘ gesagt!“

Zu seinem Freund, dem Lampertheimer Polizei-Kommissar Wilhelm Hornfeck, sagte er: „Jetzt geh ich ‚rüber und schlag dem Jud‘ die Schnut‘ voll!“

Der Polizei-Kommissar fand nichts Böses dabei. Heute ist der Polizei-Kommissar Hornfeck ein Oberkommissar in Lampertheim . . .

7. Jakob Schmidt leugnete durch zwei Instanzen vor Gericht seine Mitgliedschaft zur NSDAP. Der „stinkige Jud“ jedoch konnte ihm via Document Centre, Westberlin, seine NSDAP-Mitgliedsnummer und sein Eintrittsdatum nachweisen. Doch der Frankfurter Generalstaatsanwalt schrieb lediglich: „Kein voller Beweiswert.“

So gelten also nicht einmal mehr die exakten Angaben der Dokumentenzentrale! Dafür gilt die eigene Angabe des Herrn Jakob Schmidt. Und die Meineidsanzeige des „stinkigen Jud“ vom 8. August 1956 ist wertlos geworden . . .

8. „Eine Strafverfolgung liegt“, wie Hessens Generalstaatsanwalt meint, „nicht mehr im öffentlichen Interesse“ (!!). Es heißt wörtlich: „Nicht mehr.“ Soll das heißen, daß wir bei 1938 angelangt sind?

Hierzu schrieb der bedeutende jüdische Rechtsanwalt Joseph Klubansky kurz vor seinem Tode: „ . . . Nach meinem Dafürhalten dieses Mal eine Möglichkeit, Herrn Schmidt sein Handwerk zu legen! . . .“

Ich habe dann beim Herrn Generalstaatsanwalt Beschwerde einlegen lassen. Umsonst. Die hessische Justiz duldet kein Offizialverfahren gegen Jakob Schmidt. O wie sehr hat sich der tapfere Joseph Klubansky getäuscht! Herrn Jakob Schmidt

„Es rechtfertigt sich die Frage: Was muß denn alles einem jüdischen Bürger gesagt werden, um das öffentliche Interesse zu wecken?“

Der Hessische Generalstaatsanwalt hat dem Frankfurter Anwalt Josef Jösch keine Antwort zukommen lassen . . .

10. Dafür muß der „stinkige Jud“ beinahe DM 3000 (dreitausend) bezahlen, weil er die schlimmsten Peiniger als „Nazibonzen“ und „nazistische Bluthunde“ bezeichnet hatte! Und Rechtsanwalt Dr. Keilmann, der die Judenvergasungen als „olle Kamellen“ bezeichnete, Pg vom 1. Mai 1933 (!), genierte sich in keiner Weise, unserem „Jud“ eine Rechnung in Höhe von DM 1000.— zu stellen. Selbst das Gericht fand das zu toll — und nun bekommt der Pg von 1933 vom „Jud“ nur DM 700.— . . .

11. An Sprechchören gibt es bis heute in Lampertheim:

„Jud, komm runter! Jud, komm runter!“

„Jud, Jud, Jud!“

„Judenweib! Judenweib!“

„Jud, Palästina! Jud, Palästina!“

Ferner wird für den „Jud“ am helllichten Tage das Horst-Wessel-Lied gepfiffen.

Und das alles unter den Augen des Lampertheimer Polizeichefs und des Lampertheimer Magistrats.

12. Die Lampertheimer Behörden arbeiteten bereits im Juli des Jahres 1956 mit der schlimmsten NS-Zeitschrift nach 1945, mit der „Anklage“ (Bad Wörishofen) zusammen! „Die Anklage“ beleidigte in einem zynischen Artikel die acht Vergasteten unseres „Jud“ — und berief sich bei besonders verwerflichen Stellen auf „Aussagen der Lampertheimer amtlichen Stellen“!

13. Die Basler National-Zeitung schrieb nicht von ungefähr:

„Es war ausgerechnet Lampertheim, das Hitler als erste Kleinstadt melden mußte, daß es frei von Juden sei . . . Wenn man aber dann noch erfährt, daß das hessische Innenministerium vor kurzem an den Schriftsteller Siegfried Einstein herangetreten ist, ihn bat, die Angelegenheit fallen zu lassen, da sie im Ausland unliebsames Aufsehen erregt habe, dann muß man sich fragen, wie weit sich politische Ansichten und Mentalitäten schon wieder festgelegt und ausgependelt haben und welch größere ‚Schutzmächte‘ hinter dem Ganzen stehen.“

14. Vor einiger Zeit ist der Jüdische Friedhof zu Lampertheim geschändet worden. Die Grabschänder können wieder einmal nicht gefunden werden! Die Lampertheimer Polizeistellen finden nur heraus, wo „Rassenschande“ getrieben wird („stinkiger Jud“ und „Arierin“ unter einem Dach!). Dieser Jüdische Friedhof — er wurde soeben gefilmt, damit die Welt erfahre, was hier möglich ist — gleicht einem Rübenacker. Es ist ungeheuerlich, zu sehen, wie die toten Juden noch gekränkt werden; wie unerwünscht sie im ehemals judenreinen Lampertheim sind.

15. Zum dritten Mal innerhalb kürzester Zeit erreichen den „stinkigen Jud“ Briefe aus dem Ausland nicht. Wer unterschlägt dem „Jud“ die Post? Wer?

Die Geschichte vom heiligen Kriegsverbrecher und „stinkigen Jud“ ist noch lange nicht zu Ende. Zu Ende aber ist der Raum für diesen Artikel. Und so wollen wir endlich sagen, daß der „stinkige Jud“ von Lampertheim, der „stinkige Jud“ des Herrn Jakob Schmidt, einfach Siegfried Einstein heißt.

## r Anfang

stehe. Neue Wiederherstellungspläne und Neubaupläne wurden bekannt. Der Standortkommandant erklärte, daß die Bundeswehr bei ihrem schwierigen Ausbauwerk stets in gutem Einvernehmen mit der Stadt, den Behördendienststellen, Kirchen und Verbänden zusammengearbeitet und für ihre Wünsche Gehör gefunden habe. Die Henschelarbeiter aber sind ihrer Einstellung von damals treu geblieben. Sie kämpfen gegen den Bau von Schützenpanzern und sie gingen am 25. März gegen die Atomaufrüster auf die Straße. Für sie ist der Zusammenhang klar, und sie sagen auch nicht Ja zur konventionellen Ausrüstung der Bundeswehr; für sie ist das nur eine Etappe zur atomaren Ausrüstung.

Nun wurde am 13. Mai in Kassel Stadt und Land eine Arbeitsgruppe gegen den Atomtod gegründet, der u. a. auch Oberbürgermeister Dr. Lauritzen, der Regierungspräsident Dr. Hoch und der Dekan Sinning als Hauptvertreter der Kirche angehören. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn sich auch in dieser Arbeitsgruppe solche Erkenntnisse durchsetzen würden wie bei den Henschelarbeitern. Man kann manchem Sozialdemokraten in kommunaler Verantwortung zugutehalten, daß er seinen örtlichen Widerstand gegen Aufrüstungspläne, Kasernenbauten, Landbeschlagnahmen usw. unter dem Einfluß der opportunistischen Wehrpolitik der Parteiführung aufgegeben habe. Doch nachdem nun aus dem Kuckuck ein ausgewachsener Geier geworden ist, bedarf es der ernsthaften Überprüfung, wie es dazu kam, wohin es führt und was jetzt zu tun ist. Mit der Zeit gehen, heißt die Zeichen der Zeit verstehen und danach handeln. Pl.